



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 660.3
Abo-Nr.: 660003
Seite: 35
Fläche: 27'154 mm²

Hedge-Funds zögern mit Umzug in die Schweiz

AIFM-Richtlinie könnte erhebliche negative Auswirkungen für den Finanzplatz haben

feb. Die europäische Richtlinie AIFM dürfte ein altes Vorhaben des Schweizer Finanzplatzes erschweren – das Anwerben «alternativer Manager». Es habe eine Zeitlang sehr viele Anfragen von ausländischen Hedge-Fund-Firmen gegeben, diese seien nun aber alle versiegt, sagten Günther Dobrauz und Benjamin De Zordi von der Gesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) an einem Anlass in Zürich. Ausländische Manager, die eigentlich in die Schweiz hätten kommen wollen, hätten diese Pläne vorerst wegen der Rechtsunsicherheit auf Eis gelegt.

Fonds unter Druck

Durch die Alternative-Investment-Fund-Manager-Richtlinie (AIFM) drohen der Schweizer Finanzbranche nicht nur in diesem Bereich erhebliche Wettbewerbsnachteile. Besonders betroffen dürfte neben der Hedge-Funds-Branche diejenige der unabhängigen Vermögensverwalter sein. In der AIFM-Richtlinie geht es um die zukünftige Regulierung von Managern «alternativer» Anlagen wie Hedge-Funds und Private Equity. Um den Zugang zum europäischen Markt zu erhalten, will die Schweiz das Schweizer Fondsgesetz KAG bis Mitte 2012 überarbeiten. Bis zum 7. Oktober läuft dazu eine Vernehmlassung.

Viele der hiesigen Hedge-Fund-Manager kämen ursprünglich nicht aus der Schweiz und würden die regulatorischen Veränderungen sehr genau analysieren, erklärten die PwC-Berater. So

definiert sei, sei aber nicht klar. Auch unter der AIFM benachteiligt werde. Zudem sei sehr fraglich, ob es die Schweiz schaffe, vom ersten Tag an an diesem neuen «Framework» teilzunehmen. Ausserdem träten in jüngster Zeit Standorte wie Liechtenstein und Malta verstärkt in Wettbewerb mit der Schweiz, um die Branchen anzuziehen.

In den vergangenen Jahren verlegten einige grosse Hedge-Fund-Firmen wie Brevan Howard und BlueCrest Capital Management ihren Sitz in die Schweiz, vor allem nach Genf, oder eröffneten Niederlassungen. Hintergrund waren Steuererhöhungen in Grossbritannien oder sonstige schlechte gesetzliche Rahmenbedingungen wie in Deutschland. Die Berater befürchten nun eine Wiederholung des Szenarios, das im Bereich der klassischen Anlagefonds eintrat. Als die EU hier die Marke «Ucits» schuf, wanderten die Fonds ab, und der Standort Schweiz verlor an Bedeutung. Heute ist Luxemburg hier mit grossem Abstand die Nummer eins.

Auch der Branche der unabhängigen Vermögensverwalter drohen erhebliche Konsequenzen durch die AIFM-Richtlinie. Markus Schunk von der Gesellschaft KPMG geht davon aus, dass viele von Vermögensverwaltern betriebene Offshore-Fonds verschwinden werden. Aus seiner Sicht gibt es derzeit bei der Anpassung des KAG noch einige Rechtsunsicherheit. So sei die zwingende Unterstellung sämtlicher Vermögensverwalter von ausländischen Fonds geplant. Wie eine kollektive Kapitalanlage, die unter das Gesetz falle, genau

beim Vertrieb von ausländischen Fonds an vermögendere, «qualifizierte» Anleger gebe es Unklarheiten. Dasselbe gelte für den Sektor der Depotbanken, die in Zukunft stärker haften sollen.

Neuer «Knatsch» droht

Bezüglich der Abgeltungssteuer mit Deutschland hat Schunk allerdings gewisse Hoffnungen. Schweizer Effektenfonds sollen gemäss dem bisherigen Entwurf des Abkommens Marktzugang in Deutschland erhalten. Dies könne für eine Belebung in dem Sektor sorgen. Wichtig ist aus seiner Sicht, dass die Schweiz eine Regulierung bekommt, die nicht strenger ist als die der EU, die aber als gleichwertig angesehen wird. Von der Finma erhofft er sich, dass diese die Entwicklung positiv begleitet und beispielsweise Kriterien publiziert, die auszusagen, was sie genau fordere.

Laut Alexander Rabian, Vorsitzender der Selbstregulierungsorganisation des Verbands Schweizerischer Vermögensverwalter, führt der Verband Gespräche mit der Finma, und in einigen Bereichen gebe es auch Übereinstimmungen darüber, wo Probleme vorlägen. Allerdings zeichne sich möglicher neuer «Knatsch» unter den Berufsverbänden im Finanzsektor über die neue Vertriebsregulierung ab. Die vertriebsorientierten Anbieter würden von den Regeln stark getroffen. Die Finma hat Mängel im Kundenschutz beim Vertrieb von Finanzprodukten festgestellt und ein Diskussionspapier lanciert.